Artikel vom 11.12.2023

EAK-Landesversammlung

An der Seite Israels

Evangelische Christen in der CSU stehen an der Seite Israels

München. „Die evangelischen Christen in der CSU stehen im Krieg der Hamas gegen den jüdischen Staat auf der Seite Israels" betonte Barbara Becker MdL, die Landesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CSU (EAK). Anlässlich seiner Landesversammlung am vergangenen Samstag, den 9. Dezember 2023 hatte der Evangelische Arbeitskreis zu einem spannenden Austausch „An der Seite Israels" eingeladen.

Die Terrororganisation missbrauche die eigene Bevölkerung für ihre menschenverächtlichen Ziele. **Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern** , dankte dem EAK und der CSU für ihr Engagement und unterstrich, dass viele Juden in Deutschland Verwandte in Israel hätten, die unmittelbar mit ihren Familien vom Terror aus dem Gazastreifen betroffen seien.

Für die Evang.-Luth. Landeskirche in Bayern zeigte Kirchenrat Dr. Gerhard Gronauer auf , wie sich in den letzten Jahrzehnten das Verständnis und Verhältnis seiner Kirche, aber auch der Evang. Kirche in Deutschland (EKD) insgesamt, zunehmend positiv zum jüdischen Staat entwickelte. In weltweiten Kirchenbünden, wie z.B. im Lutherischen Weltbund (LBW), wäre dagegen oft eine einseitige Bevorzugung der palästinensischen Sicht zu beobachten. „Auch, wenn wir uns hier im Saal einig sind: wir sind weltkirchlich in der klaren Minderheit!" betone er. Schwierig sei auch das

Gespräch mit den Lutheranern aus Jordanien, weil der Terror gegen Israel relativiert würde.

Julia Obermeier, ehemalige Bundestagsabgeordnete der CSU, fünf Jahre lang Repräsentantin der Hanns-Seidel-Stiftung in Jerusalem, berichtete von alltäglichen Schikanen der Hamas gegenüber der eigenen Bevölkerung, aber besonders vom Terror und unmenschlichem Verhalten gegenüber israelischen Bürgern anhand von konkreten Beispielen.

Während der gesamten Veranstaltung des EAK war **Arye Sharuz Shalicar, der Pressesprecher der israelischen Armee, live aus Jerusalem zugeschaltet**. Er schilderte die Problematik des militärischen Einsatzes gegen die terroristische Hamas: „Fast jedes Wohnhaus, fast jedes Krankenhaus, fast jede Schule, fast jede Moschee im Gazastreifen wird von den Terroristen für ihre Zwecke missbraucht." Es gäbe ein Tunnelsystem von 500 km Länge unter bewohnten Gebieten, in dem nicht nur die israelischen Geiseln vermutlich gefangen gehalten werden, sondern sie dienen auch dem Krieg gegen Israel.

Von ihm war auch zu erfahren, dass die IDF versucht, die israelischen und jüdischen Geiseln zu befreien im Wissen, dass mehr als die Hälfte der Zivilbevölkerung in Gaza zur Hamas gehört, für diese arbeitet, mit ihr verwandt ist, oder sie weiterhin unterstützt. Trotzdem versucht die IDF alles, um diese Menschen zu schützen, um unnötige Opfer zu vermeiden.

Äußerst kritisch wurde besprochen, wie Nachrichten aus Gaza an die Presse und nach Deutschland gelangen. Julia Obermeier berichtete aus ihrer Erfahrung vor Ort, dass aus dem Gazastreifen ausschließlich Unterstützer der Hamas berichteten, „Andersdenkende würden dies auch nicht überleben". Der von Katar geführte Sender Al Jazeera begleitet die Hamas vor Ort auf Schritt und Tritt, berichtet ausschließlich in deren Interesse. Die BBC und die Deutsche Welle senden über eine arabisch sprachige Redaktion, es sei unklar, welche Art Nachrichten so kolportiert würden. Korrespondenten aller ausländischen Medien seien also auf die von der Hamas kontrollierten Informationen angewiesen. Arye Shalicar kritisierte in diesem Zusammenhang, dass die Berichte der IDF in Deutschland gerne als "mutmaßlich" gekennzeichnet würden, die der Hamas aber meist nicht. Problematisch sei, dass die Welt also vor allem Inhalte über den Nahost-Konflikt erfahre, die von der Terrororganisation zensiert werden.

Auf die Frage, wie eine zukünftige Friedenslösung zwischen den Palästinensern und Israel aussehen könnte, reagierte Shalicar zurückhaltend. Israel wünsche sich nichts mehr, als endlich in Frieden mit seinen Nachbarn zu leben. Dies sei erst möglich, wenn die Strukturen des Terrors zerstört werden, um einen möglichen Neuanfang zu erreichen.

Shalicar und Obermeier kritisierten auch die Fördergelder der deutschen Regierung, da diese eben nicht bei den bedürftigen Palästinensern ankämen, sondern ausschließlich für Indoktrination der Kinder oder für die Beschaffung von Waffen missbraucht würden. Alle drei Gesprächspartner wünschten sich bei diesem Thema, dessen Scheitern seit Jahrzehnten sichtbar sei, ein politisches Umdenken im Umgang mit dem Nahen Osten.

Fotos: Rita Modl